

12000 Mark = 4 Prozent Dividende verteilt und restliche 1884 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Generalversammlung findet am 15. Februar statt.

S. Dresden, 2. Febr. (Ausprägung von Dreimarkstücken und Fünfundzwanzigpfennigstücken.) Auf eine Anfrage des Verbandes sächsischer Industrieller an das Reichsschatzamt wegen der Ausprägung von Dreimarkstücken über deren Fehler geklagt worden war, und die gleichzeitige Frage, in welchem Maße auf die Ausprägung von 25-Pfennigstücken gerechnet werden könnte, hat das Reichsschatzamt erwidert, daß seit Einführung des Dreimarkstückes fortgesetzt Prägungen in dieser Münzgattung stattgefunden haben. Es sind davon im Rechnungsjahre 1908 rund 30 Millionen Mark hergestellt und im laufenden Rechnungsjahre kommen rund 36 Mill. Mark zur Ausprägung. Auch für das Rechnungsjahr 1910 ist die Ausprägung von Dreimarkstücken in erheblichem Umfange vorgesehen. Von den 25-Pfennigstücken werden bis zum 31. März 1910 2,5 Millionen Mark hergestellt werden. Es wird beabsichtigt, hieran dem Verkehrsbedarf entsprechend, weitere Prägungen dieser Münzgattung anzuschließen.

Dresden. Jetzt äußert sich auch die Deutsche Luftschiffahrts-Gesellschaft in Zuschriften an die Presse über die verunglückte Eröffnung der Dresdner Flugwoche. Da u. E. die Erklärung in keiner Weise geeignet ist, die Gesellschaft zu entlasten, verzichten wir auf die Wiederholung. Der Kernpunkt ist doch der, daß die Gesellschaft, trotzdem sie wußte Gaubert durfte, wollte und konnte nicht aufsteigen, die Kassen geöffnet hielt, und das Publikum durch Flaggen Signale; „er steigt“ täuschte. Die Gesellschaft trifft Verantwortungen, die Schauluige möglich noch Montag, den 6. und Dienstag, den 8. Februar um 1/2 Uhr nachmittags abzuhalten. Die gelösten Karten haben bei der nächsten Veranstaltung Gültigkeit. Diesen Vorgängen nach muß nun jeder selbst entscheiden, ob er noch einmal reinfallen will oder nicht.

S. Bautzen, 2. Februar. (Wahlbeeinflussung bei einer Ehrenratswahl.) Die Kgl. Kreishauptmannschaft Bautzen hat die in November 1909 erfolgte außerordentliche Wahl von zwei stellvertretenden Ehrenratsmitgliedern des ärztlichen Kreisvereins Bautzen wegen Wahlbeeinflussung zufolge Beschwerde zweier Bauener Ärzte für ungültig erklärt und zwar mit Rücksicht darauf, daß die amtlichen Wahlauforderungen nebst Beilagen, welche von dem Verzetelammsvorsitzenden als Wahlleiter in Gemäßheit der Bestimmung in § 6, 3. Abs. der Wahlordnung für die Verzetelammsgerichte dem Vorsitzenden der ärztlichen Bezirksvereine des Regierungsbezirks behufs Zufertigung an die wahlberechtigten Vereinsmitglieder übermittelt worden waren, seitens eines Bezirksvereinsvorsitzenden ein (von dritter Seite ausgehender) Wahlvorschlag beigelegt worden war. Hierin hat die Königl. Kreishauptmannschaft „objektiv eine unzulässige Wahlbeeinflussung“ als vorliegend erachtet, da durch die seitens des betreffenden Bezirksvereinsvorsitzenden ohne jede Bemerkung erfolgte Beilegung des Wahlvorschlages bei den Ärzten des in Frage kommenden Medizinbezirks der Eindruck habe erweckt werden müssen und zu dem Teil auch erweckt worden sei, als ob der Wahlleiter den Wahlvorschlag zu den seinigen gemacht habe, bezw. als ob die Beilegung des Wahlvorschlages von dem Wahlleiter selbst ausginge.

Großschweidnitz. In der Landes-Irrenanstalt waren am Schlusse des vorigen Jahres anwesend 230 männliche, 277 weibliche Kranke, zusammen 507 Kranke gegen 521 am 1. Oktober 1909. Im letzten Vierteljahre — Aufsehen erregten in Weida nach Berichten der Lokalpresse am Sonntag nachmittag zwei „Naturmenschen“, oder wie der und jener sagte: zwei „vernagelte gustavs“, welche trotz Kälte und eifriger Luft in einem dünnen Anzug und barhäuptig als Handwerksburschen die Stadt passierten. Die Haare hingen ihnen bis über die Schultern herab und waren glatt nach hinten gekämmt wie bei unseren Frauen. Als Haar Schmuck trugen sie goldene Ketten, welche halb bis in die Stirn reichten. — Die Schneehöhe auf dem Fichtelberge beträgt gegenwärtig 190 Zentimeter, in Oberwiesenthal 70 Zentimeter. Bis in die Täler herab ist die Schlittenfahrt vom Fichtelberg ausgezeichnet, auch vom Böhberg bis Annaberg ist die Schlittenfahrt in vollem Gange.

Otto Julius Bierbaums letzte Stunden.

S. Dresden, 5. Februar. Der verstorbene Dichter ist, wie sein ihm lange befreundeter Arzt meint, ohne schweren Todeskampf hinübergeschlummert. Seine Freunde — seine Gattin, eine Toscanerin, ebenfalls seit einiger Zeit leidend, weilte zur Erholung in ihrem Heimatlande und ist erst am Mittwoch früh an der Bahre ihres Gatten eingetroffen — wußten schon am Sonntag, daß keine Rettung mehr möglich war. Zu dem alten tüchtigen Nierenleiden hatten sich noch andere Krankheitserscheinungen hinzugesellt, die die Auflösung des Dichters schneller als man erwartete, herbeiführten. Noch am Montag wollte der Dichter nicht zugeben, obgleich er selbst zu ahnen schien, daß sein Ende bald bevorstand, daß seine leidende Gattin aus dem sonnigen Italien gerufen werde. Sie traf den Gatten infolgedessen auch nicht mehr lebend an, wohl aber fand sie einige wenige Dresdner Freunde am Totenbette des Gatten. — Otto Julius Bierbaum hat vor seinem Tode mehrfach zu erkennen gegeben, daß man seine Leiche einsichern möge. Diesem Wunsche des Toten ist stattgegeben worden und die Einäscherung gestern Freitag nachmittag in dem Krematorium in Chemnitz erfolgt. Kurz vor dem Verbrennungskakt fand in Chemnitz eine Trauerfeierlichkeit statt, zu der sich viele namhafte Persönlichkeiten eingefunden hatten. Im Trauerhause auf der Bernhardtstraße liefen fortgesetzt Beileidskundgebungen aus allen Teilen Deutschlands und des Auslandes ein. Am Sarge weilten bei

hochbetagte Mutter und die schwerleidende Gattin des Dichters. — Otto Julius Bierbaum hat kaum ein Jahr in Dresden gewohnt. Anfang Februar 1909 überlebte er nach hier und führte ein vollständig zurückgezogenes Leben, das nur der schriftstellerischen Arbeit gewidmet war. Er trat nur ganz selten in die Öffentlichkeit, zuletzt vor einigen Monaten, als er im Künstlerhause für seinen heimgegangenen Freund Detlef von Biliencron die Gedächtnisrede hielt.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 3. Februar. Erste Kammer. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Kapitel 88, 89, 90, 94 und 97 des Kultus- etats. Zur Frage der Vereinfachung des Geschäftsganges beim Ministerium teilt Staatsminister Dr. Beck auf eine Anfrage mit: Diese Angelegenheit sei vom Ministerium jederzeit im Auge behalten worden. Es hätten auch bereits vielfach Vereinfachungen stattgefunden. Die endgültige Lösung könne jedoch erst in organischem Zusammenhange mit der Volksschulreform erfolgen. Auf eine weitere Anfrage teilt der Minister mit: Was die Frage der Errichtung von Oberrealschulen betreffe, so prüfe zunächst das Ministerium die Frage, ob die Gemeinden leistungsfähig seien und ob sich die genügende Zahl von Schülern für die neuentstehende Unterrichtsanstalt ergebe. Er unterlasse nie, die Gemeinden darauf hinzuweisen, daß die Realschulen die beste Grundlage für eine gute Lebensbildung des Mittelstandes bildeten. Oberbürgermeister Keil-Zwickau kommt auf eine Petition des der höheren Lehrer zu Zwickau zurück und meint: Die Lehrerschaft möge endlich aufhören, immerwährend mit Petitionen um Regelung der Gehaltsverhältnisse zu kommen. Die juristischen und Verwaltungsbeamten seien bei weitem nicht so günstig gestellt, wie die höheren Lehrer. Rittergutsbesitzer v. Trebra-Lindenau regt die Gründung von Kolonialschulen an. Staatsminister Dr. Beck sagt zu, diese Angelegenheit erwäge zu wollen. Die Kapitel werden schließlich nach den Vorschlägen der Deputation in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer genehmigt. Hierauf werden einige Kapitel des Rechnungsbereiches nebst den vorgekommenen Etatsüberschreitungen ebenfalls nach den Vorschlägen der Deputation erledigt. Schließlich wird beschloffen, die vorliegenden Beschwerden und Petitionen auf sich beruhen zu lassen.

Dresden, 4. Februar. Die Erste Kammer erledigte zunächst verschiedene Kapitel des Rechnungsbereiches und bewilligte nachträglich die betreffenden Etatsüberschreitungen. Sodann wurde Kapitel 18 des ordentlichen Etats, Lotteriedarlehenszinsen, nach der Vorlage genehmigt. Weiter bewilligte man die Einstellungen bei Titel 31 des außerordentlichen Etats, Erweiterung des Bahnhofs Niederwiesa, und bei Titel 35 des außerordentlichen Etats, Erweiterung des Bahnhofs Einsiedel. Alle Beschlüsse erfolgen in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer. Schließlich nahm die Kammer die Anzeigen über mehrere für unzulässig erklärte Petitionen entgegen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 10. Februar, 11 1/2 Uhr.

Dresden, 4. Februar. Die Zweite Kammer nahm heute zunächst mehrere Kapitel des Rechnungsbereiches, betr. Technische Deputation, Unfall- und Invalidenversicherung, Statistisches Landesamt, Landesanstalten, Verwaltung des gemeinschaftlichen Ministerialgebäudes in Dresden-Neustadt und allgemeine Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern in Schlüsselberatung. Die Berichte erstatteten die Abgg. Veda (Nat.) und Frähdorf (Soz.). Sie beantragten namens der Rechnungsbereichsdeputation, die vorgekommenen Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen. Die Kammer beschloß einstimmig und ohne Debatte dem Antrage gemäß. Ueber Kapitel 57 des ordentlichen Etats, Landesarmen- und Fürsorgewesen, berichtet Abg. Wirth (Soz.) und beantragt, die Ausgaben nach der Vorlage mit 1930000 M zu bewilligen, was ebenfalls einstimmig und ohne Debatte geschah. Zu Kapitel 58, Armenkrankenpflege und sonstige Ausgaben im öffentlichen Interesse, beantragt Abg. Wirth (Soz.) ebenfalls als Berichterstatter, die Ausgaben nach der Vorlage mit 218380 M zu bewilligen. Nach kurzer Debatte, in der u. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Rumpelt zugehört hatte, den Wünschen der Kammer auf höhere Einstellungen für die Krüppelfürsorge im nächsten Etat zu entsprechen, beschloß die Kammer dem Antrage gemäß. Nachdem bei Kapitel 88a des ordentlichen Etats, Landesgrenze betr., antragsgemäß die Ausgaben mit 16500 Mark bewilligt worden waren, vertagte sich das Haus auf Montag nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Einige Etatkapitel.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Berlin, 3. Februar. Die rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes haben dieser Tage an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin sie erklären, daß in ihren Kreisen das auswärtige Amt alles Vertrauen verloren habe. In der Zuschrift heißt es dann weiter: Diese Reichsbehörde hat fortgesetzt durch ihre Maßnahmen tatsächlich fremde Interessen zum Nachteil Reichsdeutscher gefördert, ja geradezu dem Ausland die Waffen gegen deutsche Unternehmungen geliefert in wichtigsten Fällen große Reichsdeutsche Interessen schwer geschädigt. Mit besonderer Sorgfalt fragt die Versammlung, wie lange der Reichskanzler solches politisch und wirtschaftlich gleichschädliche Gebaren des auswärtigen Amtes mit seiner Verantwortlichkeit decken will. — Wie die „N. A. Z.“ mitteilt, hat Herr v. Bethmann-Hollweg der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes in Mainz folgende Antwort zugeben lassen: Es ist unverantwortlich, daß von Gliedern einer Organisation, die, wie der Alldeutscherverband, nach ihren Satzungen im nationalen Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unwürdige und beweislose Anschuldigungen geschleudert werden. Ich lehne es ab, diese Entschuldigungen entgegenzunehmen.

Berlin, 3. Februar. Die Regierung ersucht in dem heute dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwurf betr. die Regelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen um die Ermächtigung, den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Sätze des deutschen Vertragstareifs ganz oder teilweise gegen die Gewährung des amerikanischen Konventionaltareifs einräumen zu dürfen. Die Fraktionen des Reichstages werden morgen über die Vorlage beraten. Am Sonnabend soll sie zur ersten Lesung auf der Tagesordnung gesetzt werden. Wenn der Reichstag der Regierung die erbetene Vollmacht erteilt, so werden die Sätze unseres Generaltareifs am 7. Februar nicht in Kraft treten. Da inzwischen die Verhandlungen in Washington zu einer Verständigung geführt haben, so darf die Gefahr eines Zollkrieges wohl endgiltig als beseitigt gelten.

Berlin, 4. Februar. Der Kaiser hatte sich heute zur Besichtigung des neuen Militärluftkreuzers „M. III“ in Tegel beim Luftschifferbataillon angefangt und traf um 11 Uhr in Begleitung des Prinzen Heinrich auf dem Schießplatz ein. Außerdem waren Vertreter des Generalstabes, des Kriegsministeriums und der Verlehrsstruppen

anwesend. Der Kaiser besichtigte eingehend den Ballon, mit dem noch ein Aufstieg geplant ist.

Berlin, 4. Februar. Reichstagspräsident Graf Stolberg hat, wie auf eine Anfrage mitgeteilt wird, in der letzten Nacht ohne Hilfsmittel gut geschlafen. Auch heute Vormittag war das Befinden sehr gut.

— Graf Haefeler und der gewissenhafte Wachtposten. Generalfeldmarschall Graf Haefeler übersandte dieser Tage dem Minister der Kriegsmarine von der 6. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 130 in Metz, der ihm am 1. Oktober v. J. den Eintritt in die Feste Graf Haefeler verweigerte, weil der Generalfeldmarschall keine Eintrittskarte bei sich führte, sein Bildnis mit der eigenhändigen Unterschrift: „Treu steh und fest“ und „Zur Erinnerung an meinen Besuch am 1. Oktober 1909.“

Oesterreich-Ungarn. Prag, 4. Februar. Da alle Vermittlungsversuche erfolglos geblieben sind begannen die deutschen Abgeordneten im Landtage heute mit der tschechischen Obstruktion.

Italien. Rom, 4. Februar. Mehrere italienische Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, sich bereit zu halten, nach dem Orient abzufahren. Es handelt sich um die Kretafrage. Man glaubt daß dieser Befehl nur der Vorläufer einer Truppenlandung auf Kreta sein wird.

Rußland. Petersburg, 3. Februar. Sechs ehemalige sozialdemokratische Deputierte der zweiten Duma, darunter Beloussow und Kusnezow, wurden zur Zwangsarbeit nach Sibirien transportiert. Alle waren in Ketten gelegt.

Türkei. Konstantinopel, 4. Februar. Bei der Wahl neuer Mitglieder für den armenischen Patriarchatsrat kam es in der armenischen Kirche des asiatischen Vorkontes Kadito zu ersten Zusammenstoßen zwischen den Anhängern der rivalisierenden Kandidaten. Als endlich die türkische Polizei einschritt und die Ordnung wieder herstellte, waren in der Kirche bereits zahlreiche Personen verwundet worden.

England. London, 4. Februar. Bei der zweiten Lesung der Marinebill im kanadischen Parlament in Ottawa wurde der Bau einer Flotte von 11 Schiffen verlangt, die in fünf Jahren fertig sein sollen. Die Debatte erstreckte sich natürlich auch auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland. Dabei erklärte der Premierminister Sir Wilfried Laurier: „Gefahr ist keine für England vorhanden. Im Jahre 1912 wird Großbritannien eine Flotte von zwei Millionen Tonnen und Deutschland eine solche von nur 890000 Tonnengehalt besitzen. Beide Reiche sind geschichtlich Freunde, und die wachsende Macht der Demokratie wird einem Kriege vorbeugen.“

Amerika. Newyork, 4. Februar. Die Bekanntmachung des Staatsdepartements über die Vereinbarung mit Deutschland über gegenseitige Gewährung der Minimaltarife ist in herzlichstem Ton gehalten und hebt Deutschlands Wohlwollen und die Bedeutung des deutschen Handels hervor. Das Staatsdepartement erklärt, die Vereinbarung werde beide Teile befriedigen, und die Lösung sei wesentlich der freundschaftlichen Gesinnung und Veröhnlichkeit der deutschen Regierung zu danken.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die zweite Beratung des Kolonialetats fort. Abg. Cattmann (Wirtsch. Pgg.) begründete die Arbeit der Missionen. Er hielt ein Entgegenkommen in der Frage der Selbstverwaltung für notwendig. Unterstaatssekretär v. Endequist widersprach den neuerlichen Versicherungen des Abg. Noke, daß in Ostafrika die Ansiedelungen mißglückt seien, ebenso daß die Kolonialverwaltung ganz Südwest mit Kleinansiedelungen überziehen wolle. Abg. Schwarze-Bippstadt (Ztr.) empfiehlt besonders den Wegbau in Südwest. Abg. Stoy (Sidd. Pp.) meinte, daß eine wirkliche deutsche Kultur einzigen könne. Abg. Noke (Soz.) hielt es für bedenklich wenn Parlamentarier für Gründung von kolonialen Unternehmungen eintreten. Seine Freunde lehnen zwar den Etat als Ganzes ab, würden jedoch einzelne, notwendige Ausgaben bewilligen. Abg. Goller (fr. Pp.) hielt die Maßnahmen des Abg. Noke, daß Abgeordnete, die an kolonialen Unternehmungen beteiligt seien, Zurückhaltung zu üben haben, für unangebracht. Abg. Erzberger (Ztr.) besprach Missionsfragen und forderte für Missionschulen dieselbe Freiheit wie im Mutterlande. Staatssekretär Dernburg stellte fest, daß die Sozialdemokratie alles ablehne, wenn es gälte, die Zeeke zu bezahlen. Weiter besprach er die Angelegenheit des Bischofs von Samoa, der von der Kanzel herab den Besuch der Regierungsschule verboten habe. Das könne sich die Regierung nicht gefallen lassen. Abg. Ledebour (Soz.) meinte es gäbe in der Sozialdemokratie keinen, der die Kolonialpolitik unterstützen würde. Abg. Arning (nl.) wandte sich gegen den Abg. Noke. Nachdem Abg. Erzberger (Ztr.) den Staatssekretär ersucht hatte, mit dem Bischof von Samoa zu einer Verständigung zu kommen, bemerkte Staatssekretär Dernburg, er habe unter allen Umständen das Ansehen der deutschen Verwaltung in Samoa aufrecht zu erhalten gesucht. Nachdem sich die Abg. Müller-Meinungen (fr. Pp.) und Dove (fr. Pgg.) im gleichen Sinne ausgesprochen hatten, schloß die Beratung und der Etat für Südwestafrika wurde bewilligt. Beim Etat von Ostafrika besprach Abg. Dr. Arendt (Pp.) die Währungsfrage und forderte Einführung der Reichswährung. Ähnlich äußerte sich Abg. Werner (D. Resp.). Nachdem Staatssekretär Dernburg Aufklärungen über die Beschwerden gegen den Gouverneur v. Redenberg gegeben hatte, wurde auch dieser Etat und der für Togo genehmigt, ebenso der für Neuguinea. Beim Etat für Samoa führte das bekannte Vorgehen des dortigen Bischofs gegen die konfessionell-paritätische Schule nochmals zu kurzer Aussprache.

Auf der Tagesordnung der Sitzung vom Freitag stand der Etat des Reichstages. Dazu lagen mehrere Anträge vor, die freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der Legislaturperiode, Revision der Geschäftsordnung, Stellung von Anträgen im Anschluß von Interpellationen, Zulassung von Anfragen tatsächlicher Art an den Reichskanzler oder den Bundesrat verlangten. Abg. Vassermann (nl.) begründete die Herausgabe eines Handbuchs über die Geschäftsordnungsmäßige Behandlung wichtiger Fragen. Abg. Singer (Soz.) forderte die Zulassung von Beschlüssen im Anschluß an Interpellationen. Abg. Müller-Meinungen (fr. Pp.) verlangte Revision des Diätengesetzes. Abg. Jund (nl.) hielt eine Revision der ganzen Geschäftsordnung für zu getraubend, während Abg. Koceren (Ztr.) die Revision empfahl. Abg. Graf Westary (kons.) konnte einer Ausdehnung der Freifahrtsgewinne nicht beitreten und meinte, Anträge im Anschluß an Interpellationen würden immer auf Mißtrauensvotum hinauslaufen. Dadurch würde die Stellung der Minister erschüttert werden. Nach der Verfassung habe aber der Kaiser das Recht, Reichskanzler und Staatssekretäre zu ernennen und daran dürfe nicht gerüttelt werden. Es ginge nicht an, daß der Reichstag auf dem Wege der Geschäftsordnung Beschlüsse von staatsrechtlicher Bedeutung fasse. Abg. Gröber (Ztr.) hielt die Geschäftsordnung für veraltet. Die politischen Bedenken des Vorredners seien nicht be-

